

Nr. LXXIII/6

Mittwoch, 17.1.2018

Sehr geehrte Damen und Herren!

Müde, mutlose Merkel! Ist es das jetzt, worauf sich die Bundesbürger in den nächsten 4 Jahren freuen dürfen? Die Sondierer verabredeten *v o r e r s t* u.a., dass das Rentenniveau für die kommenden Jahre festgeschrieben, das Kindergeld erhöht, die Sozialabgaben bei Geringverdienern gesenkt, der Soli abgeschmolzen, ein Sonderprogramm für Langzeitarbeitslose aufgelegt und der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung reduziert wird.

Anders gesagt: Union und SPD fiel nichts Besseres ein, als wieder einmal ein großes Umverteilungsprogramm aufzulegen. Wer sich darüber mokierte, dass es für die Bürger angesichts voller Bundes-Kassen nicht mehr Auffälliges gibt als 10 Mrd. € für den Abbau des Soli (außer bei Besserverdienenden), sollte wissen: Für „Investitionen in Zukunft: Bildung, Forschung, Hochschulen, Digitalisierung“ werden nur ganze 5 Mrd. € spendiert.

Ob noch weitere Ausgaben hinzukommen, damit auch die Nörgler in der SPD zufrieden sind, ist offen. Womöglich sind die verabredeten Punkte nach dem nächsten Sonntag Makulatur, weil eine Mehrheit der Genossen beim außerordentlichen Bundesparteitag *g e g e n* die 3. Neuauflage der „GroKo“ stimmt.

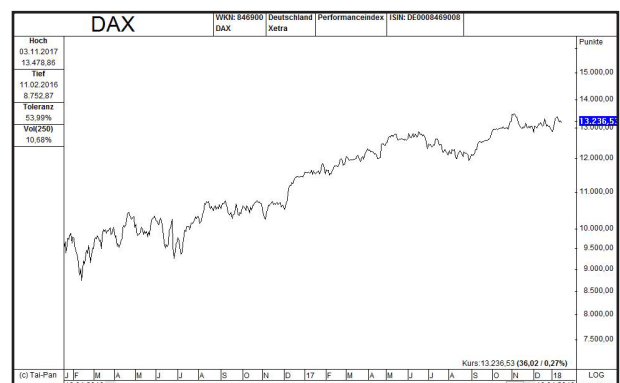
Was zu einem Dilemma führt: Soll man sich wünschen, Union und SPD kommen noch einmal zusammen, um endlich Ruhe und eine voll handlungsfähige Regierung zu bilden? Insbesondere Europa wünscht sich dies. Oder soll man nochmals zu Wahlen aufrufen, selbst auf die Gefahr hin, dass sich ganz andere Mehrheitsverhältnisse bilden?

●●● Auch Aktionäre können sich bei den Sondierern bedanken: Die Einigung der Verhandlungsführer am letzten Wochenende bzw. die Anzeichen, dass es zu einer Einigung kommen würde, schob den Euro aufwärts. Fairerweise muss man sagen: Die Aussicht, dass die größte Volkswirtschaft der EU bald wieder über eine voll funktionsfähige Regierung verfügt, war nicht der einzige Grund für diese Entwicklung.

Der Wert des Euro gegenüber dem Dollar stieg auch wegen der „phänomenalen Steuerreform“ des Donald Trump. Denn: Die Aussichten auf die Steuererleichterungen schicken Dow Jones & Co. zwar von einem Rekord zum nächsten. Doch: Der Markt betrachtet die Entlastungen nicht als Mittel, um die amerikanische Volkswirtschaft fundamental zu stärken. Schließlich ist die Reform größtenteils schuldenfinanziert.

Das schwächt den Dollar und stärkt die europäische Gemeinschaftswährung. Erschwerend ist zu ergänzen, dass es an den Börsen Spekulationen darüber gibt, die EZB könne demnächst zum Ende ihrer extrem lockeren Geldpolitik blasen. Per Redaktionsschluss notierte der Euro bei 1,2235 Dollar. Das entsprach einem Plus von rd. 18 % in 12 Monaten.

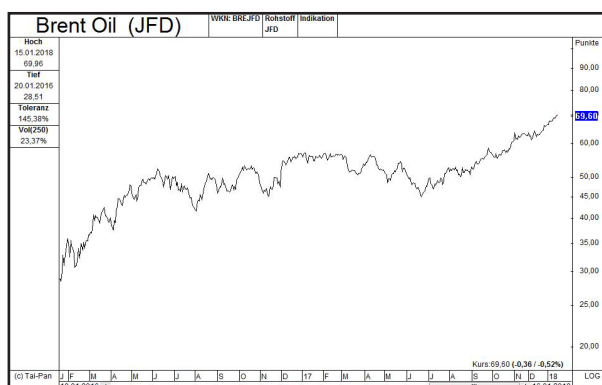
Was wiederum Anlass für die Investoren ist, bei deutschen Titeln lieber Gewinne mitzunehmen, als neue Engagements einzugehen. Bekanntlich wird jeder Cent über 1,20 Dol-



lar, den die Gemeinschaftswährung im Verhältnis zum Greenback zulegt, als Gefahr für die exportlastige deutsche Wirtschaft betrachtet.

Ein momentan schwächerer Dollar kommt dagegen einigen Anlegern gerade recht: Sie wenden sich Rohstoffen zu. Gold nahm z.B. bis auf ein 4-Monats-Hoch oder knapp über 1 344 Dollar je Feinunze zu. Noch auffälliger aber ist das Interesse der Investoren bei Öl. Ein nachhaltiger Durchbruch über 70 Dollar je Barrel Brent ist zwar noch nicht gelungen.

Aber was nicht ist, kann ja noch werden! Dabei: Preise über 60 Dollar sind der OPEC gar nicht recht! Das Kartell befürchtet, dass ein derart hohes Preisniveau mehr und mehr US-Schieferöl-Förderer anlockt, die ihnen Marktanteile abspenstig machen. Dazu passt diese Prognose: Bereits nächstes Jahr soll die US-Ölförderung 11 Mill. Barrel am Tag erreichen. So die amerikanische Energie-Statistikbehörde EIA.



Dass die Preise derzeit überschießen, hat indes einen anderen Grund: Sämtliche Fachleute unterschätzten die Nachfrage nach dem schwarzen Gold - und dies schon 2017. Wie Sie wissen, sprang letztes Jahr die Weltwirtschaft insbesondere in entwickelten Nationen wie den USA und Europa an.

Vor allen anderen aber ist es China, dessen Hunger nach Öl unstillbar ist. Die Volksrepublik importierte 2017 rd. 10 % mehr als im Vorjahr, absolut: rd. 8,4 Mill. Barrel am Tag im Durchschnitt. Die OPEC nun erwartete letztes Jahr eine Öl-Nachfrage von 1,2 Mill. Barrel täglich - tatsächlich wurden es wegen des Aufschwungs 1,5 Mill. Barrel. Erste Schätzungen für den Zuwachs der globalen BIP 2018 reichen von 3,6 bis 5 %.

Die weitere Entwicklung des Öl-Preises hängt davon ab: Wann verlieren die ersten OPEC-Mitglieder bzw. einer der 10 weiteren Staaten die Nerven und fördern doch mehr als vereinbart? Und wann steigen die spekulativ orientierten Investoren wieder aus Rohöl aus? Erst dann dürfte der Preis nachgeben.

Aber gleichgültig, ob Öl teuer ist und der Euro relativ hoch bewertet wird: Die Stimmung auf dem Frankfurter Parkett war gestern Vormittag gut. Zumindest, was die Gemeinschaftswährung anging, ließen sich die Anleger nicht länger ins Bockshorn jagen. Denn der Euro hatte bis dahin wenigstens nicht noch mehr zugelegt.

Daher griffen etliche Aktionäre beherzt zu. Per Redaktionsschluss notierte der DAX bei etwa 13 236,53 Zählern. Unbeantwortet bleibt indes die Frage, ob es nun wieder unbeschwert aufwärts geht. Viele Analysten zweifeln daran - wir tun es auch. Grund: Noch liefert die neue Quartalsberichts-Saison keine neuen Impulse für steigende Kurse.

●●● **Balkan: USA wollen Serbien genauer unter die Lupe nehmen.** Der Atlantic Council, eine einflussreiche amerikanische Denkfabrik, hatte im November vergangenen Jahres auf einer Konferenz dargelegt, welche Rolle die USA künftig auf dem Balkan spielen sollten (Brief vom 11.12.17).

Nun beginnen die Vereinigten Staaten, das politisch umzusetzen, was die Vordenker skizzierten: Auf Anordnung des Kongresses soll das Verteidigungsministerium gemeinsam mit

dem Außenministerium im Laufe von 2018 eine Analyse der Zusammenarbeit der Westbalkan-Länder im Verteidigungsbereich mit den USA auf der einen und Russland auf der anderen Seite durchführen.

Im Bericht soll aufgeführt werden, in welchem Umfang Bosnien-Herzegowina, Mazedonien, Serbien und der Kosovo mit Waffen beliefert wurden. Auch die Teilnahme von Sicherheitskräften dieser Länder an Militärmanövern unter der Ägide Moskaus innerhalb der letzten 5 Jahre soll detailliert analysiert werden.

Den Kongress interessiert, wie sehr die Sicherheitskooperation zwischen jedem dieser Länder und Russland die Sicherheitsinteressen der USA beeinflusst. Dass es dabei in erster Linie um den russischen Einfluss in Serbien geht, liegt auf der Hand. Denn: Es ist der einzige Staat auf dem Westbalkan, der nicht Teil des westlichen Bündnissystems ist.

Belgrad streckt seine Fühler verstärkt Richtung Moskau aus. Beim Staatsbesuch des serbischen Präsidenten Vucic in Russland im Dezember wurde u.a. über eine Fortsetzung der militärtechnischen Kooperation zwischen beiden Nationen gesprochen. Zudem wurde eine Aufnahme Serbiens in die Freihandelszone der Eurasischen Wirtschaftsunion thematisiert.

Angesichts dieses Rahmens wird deutlich: Die USA wollen verstärkt daran arbeiten, Serbien „umzupolen“. Russland hingegen wird alles daransetzen, seinen letzten „Pfeiler“ auf dem Balkan zu halten.

●●● **Mietminderung 2018.** In vielen Fällen erlaubt das Mietrecht Mietern die Minderung ihres monatlichen Wohnentgelts, wenn Mängel in der Wohnung bestehen, die der Vermieter nicht rechtzeitig beseitigt, obwohl er dazu verpflichtet ist. Die Höhe der erlaubten Mietminderung stellt Mieter jedoch regelmäßig vor große Probleme. Denn:

Einerseits wollen sie keine zu hohe Miete bezahlen und überdies den Vermieter durch die Mietminderung zur Beseitigung der Mängel motivieren. Andererseits entstehen bei zu hohen Mietminderungen Mietschulden, die den Vermieter zur Kündigung berechtigen können. Deshalb ist vor der Minderung der Miete genau zu prüfen, ob und in welcher Höhe eine Mietminderung rechtlich zulässig ist. Für die Höhe der zulässigen Mietminderung gibt es keine starren gesetzlichen Vorgaben. Es kommt immer auf den Einzelfall an!

Hier kann die Mietminderungstabelle helfen. Abrufbar ist sie im Internet unter www.mietminderungstabelle.de. Sie gibt die Minderungswerte in Prozent an. D.h.: Um diesen Wert kann die monatliche Brutto-Warmmiete bei zulässiger Mietminderung reduziert werden. Mit der Tabelle können sich Mieter und Vermieter einen Überblick über Beträge in vergleichbaren, bereits gerichtlich entschiedenen Mietrechtsverfahren verschaffen.

Die Mietminderungstabelle hat keine Gesetzeskraft! Es ist zu berücksichtigen, dass jeder Fall individuell zu bewerten ist. Jedoch vergleichen auch Richter und Anwälte bereits ergangene Urteile mit dem eigenen Verfahren, um die zulässige Mietminderung zu ermitteln. Wurde in einem identischen Sachverhalt bereits eine konkrete Minderungshöhe ausgeurteilt, so kann dies als Argument dafür dienen, diesen Betrag zu übernehmen.

Die Mietminderungstabelle 2018 listet die Beträge nach Art des Mietmangels sowie nach der Höhe der Mietminderung auf. Sie zitiert die entsprechende gerichtliche Entscheidung, in der die Mietminderung zugesprochen wurde.

Wer nähere Angaben zu dem jeweiligen Gerichtsurteil und dem zugrunde liegenden Sachverhalt erhalten möchte: Anhand der Verlinkung auf der genannten Internet-Seite können Sie sich über Entscheidungsgründe informieren und prüfen, inwieweit der eigene

Vermietungs-Fall damit vergleichbar ist. Eine Beratung durch einen Rechtsanwalt ist dennoch immer empfehlenswert!

●●● **Wiederbeschreibbares Papier.** Mit Papier läuft es normalerweise so: Drucken - lesen - wegwerfen! Doch damit könnte es bald vorbei sein. Denn: Chinesische Wissenschaftler von der Universität Nanjing haben ein Papier entwickelt, das sich mehrfach beschreiben lässt und dadurch wiederverwendbar ist.

Könnte man bereits beschriebenes oder bedrucktes Papier nochmals nutzen, ließe sich eine Menge Müll vermeiden. Und Kosten sparen! Von großem Vorteil wäre es obendrein, könnte man zum Schreiben oder Drucken statt Tinte oder Toner einfach nur Wasser oder umweltschonende Substanzen einsetzen. Dieser Traum ist nun Wirklichkeit geworden:

Das neue Papier besteht aus normalem Filterpapier. Es ist mit einem besonderen Polymer - der heterozyklischen Verbindung Terpyridin - beschichtet. Sobald das Papier in Kontakt mit einer metallhaltigen Salzlösung (z.B. aus dem Drucker) kommt, verfärbt sich seine Oberfläche und ein Schriftzug oder Bild entsteht.

Das Pyridin-Polymer im Papier und die Salzlösung aus dem Drucker verbinden sich dort, wo sie zusammentreffen, zu einem metallhaltigen organischen Komplex. Weil er je nach Art des Metalls das Licht bei verschiedenen Wellenlängen absorbiert, können durch das Aufbringen verschiedener Salzlösungen farbige Bilder auf der Papieroberfläche erzeugt werden.

Die Forscher können durch Wahl der Salzlösung 7 Komplex-Verbindungen herstellen. Diese produzieren 7 verschiedene Farbtöne. Sechs Monate bleibt das Gedruckte erhalten, ohne zu verblässen. Sobald man das bedruckte Papier mit einer Fluoridlösung spült, wird alles gelöscht - und das Papier kann neu bedruckt werden.

Die Wissenschaftler fanden auch einen Weg, nur noch Wasser als Tinte zu benutzen. Dazu beschichteten sie das Filterpapier mit einer organischen Zinkkomplex-Verbindung. An den Stellen, wo sie mit Wasser in Berührung kommt, wird sie sichtbar. Allerdings bislang nur, wenn man das präparierte Papier mit ultraviolettem Licht bestrahlt. Durch Erhitzen auf 60 Grad wird das mit Wasser Geschriebene und Gedruckte wieder gelöscht.

Achtmal kann das Spezialpapier bedruckt oder beschrieben werden, ohne das Schrift oder Bilder verblässen. Das Löschen der Inhalte ist jederzeit möglich. Die Forscher nutzten für ihre Innovation günstige und auch ungiftige Substanzen - deren täglicher Gebrauch ist unbedenklich. Die Kosten, die beim Bedrucken eines Blattes des wiederbeschreibbaren Papiers anfallen, belaufen sich auf ein Fünftel des Betrages, den das Drucken mit einem normalen Tintenstrahldrucker kosten würde.

Mit freundlichen Grüßen
Ihre Schmitt-Brief-Redaktion



Annerose Winkler

Daniel A. Bernecker

●●● Was manche Menschen sich selber vormachen, das macht ihnen so schnell keiner nach.
(Gerhard Uhlenbruck)

Redaktion: Tel.: 05231.983-129, Fax: 983-146, E-Mail: Redaktion@schmitt-brief.de.

Abo-Service: Tel.: 05231.983-145, Fax: 983-146, E-Mail: abo@schmitt-brief.de.

Verlag: Bernecker Verlagsgesellschaft mbH, Theodor-Heuss-Str. 1, 32760 Detmold.

Der Schmitt-Brief erscheint dreimal wöchentlich. Monatlicher Bezugspreis 51 €. Jahresvorzugspreis 561 € (jeweils inkl. Porto und MWSt.). Kündigung: 6 Wochen zum Quartalsende. Die Vervielfältigung und Weiterverbreitung ist nicht erlaubt. Kein Teil darf (auch nicht auszugsweise) ohne unsere ausdrückliche vorherige schriftliche Zustimmung auf elektronische oder sonstige Weise an Dritte übermittelt, vervielfältigt oder so gespeichert werden, daß Dritte auf sie zugreifen können. Jede im Bereich eines gewerblichen Unternehmens veranlasste (auch auszugsweise) Kopie, Übermittlung oder Zugänglichmachung für Dritte verpflichtet zum Schadensersatz. Dies gilt auch für die ohne unsere Zustimmung erfolgte Weiterverbreitung. ALLE RECHTE VORBEHALTEN. Der Inhalt ist ohne Gewähr. Alle Informationen beruhen auf Quellen, die wir als zuverlässig erachten. Deshalb dienen alle Hinweise der aktuellen Information ohne letzte Verbindlichkeit, begründen also kein Haftungsbüro.